



Halbe Kraft voraus

Kreispolitiker einigen sich auf eine Teilzeitstelle bei Beauftragten für Menschen mit Behinderung

Von Burkhard Büsing

Heide – Für Menschen mit Behinderung sei eine Vollzeitstelle eine zu große Hürde: So lautet die These für die Stelle eines hauptamtlichen Beauftragten für Menschen mit Behinderung. Was aus Sicht von CDU und FDP rück-sichtsvoll sein soll, hat aus SPD-Perspektive „ein Geschmäckle“.

Ganz so generell formuliert Martina Köster (CDU) ihre These nicht, dennoch bleibt es die Quintessenz: „Wir wollen, dass sich gerade Menschen mit Behinderung bewerben. Diese sind nicht immer fähig, Vollzeit zu arbeiten.“ So erklärte die Vorsitzende des Sozialausschusses, warum die neu geschaffene Stelle nur mit knapp 20 Wochenstunden besetzt werden solle. Damit könne sich jemand bewerben, der nicht gleich das volle Pensum wolle. Bis dahin war stets die Rede davon, die Aufgabe des bislang ehrenamtlichen Beauftragten in die Hauptamtlichkeit zu führen, der Stundenumfang war allerdings nicht festgelegt.

Das haben die Fachpolitiker des Kreises im Rahmen der Stellenausschreibung nun während ihrer Sitzung nachgeholt. Die SPD-Abgeordnete Anja Heckenrath nahm Köster und auch Veronika Kolb (FDP), die sich ebenfalls für den eingeschränkten Umfang stark machte, die Begründung zwar persönlich ab. Den hinter den beiden stehenden Fraktionen aber nicht. „Ich finde das nicht ehrlich. Es geht meiner Meinung nach ums Geld.“

Die Stellenausschreibung muss auf den Weg gebracht werden. Eigentlich äußerten die Kreispolitiker im Sommer den Wunsch, die mit dem 1. Juli begonnene Vakanz bereits zum Oktober beenden zu können. Das Ziel ist bereits verfehlt, ob eine Besetzung noch vor Jahresende möglich ist, bleibt abzuwarten.

Liane Junge, die das Amt bis Ende Juni ausfüllte, hatte den Kreistagsfraktionen zuletzt in



Anja Herkenrath

ihrem Jahresbericht mit Nachdruck betont, dass „eine Ehrenamtlichkeit für das Amt nicht ausreicht“. Ihre zu dem Zeitpunkt zurückliegenden andert-

Gleichwertige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben: Das ist der erklärte Wille des Gesetzgebers für Menschen mit Behinderung wie der Frau auf dem Symbolbild. Der Kreis will deshalb einen Beauftragten auf hauptamtlicher Basis einstellen.

Foto: Seeger

halb Jahre in dem Amt hätten das mehr als deutlich gemacht.

Zeit spielte demnach die eine Rolle. Gerade die geforderten Stellungnahmen zur Beurteilung von Förderanträgen bei Baumaßnahmen erforderten ausdrücklich Parteilichkeit und persönlichen Sachverstand, so Junge. Die andere Rolle, die Junge in einer professionellen Besetzung als Vorteil sah, lag in der besseren Vernetzung innerhalb der Verwaltung und den politischen Gremien. In vielen kleinen Diskussionskreisen ist ein Beauftragter leichter schnell zu Rate zu zie-

hen, wenn dieser lediglich im Büro eine Tür weiter sitzt. Wenn ein Ehrenamtlicher zu Hause ist oder gar in dem Moment seiner beruflichen Tätigkeit nachgeht und im Nachhinein gefragt wird, sei es meist zu spät. Es sei „wenig effektiv, Stellungnahmen abzugeben, wenn entsprechende Diskussionsprozesse bereits gelaufen sind“, schrieb Junge in den Bericht.

Das Thema Menschen mit Behinderung sei derart komplex, dass es eines „Aktionsplans Inklusion“ bedürfe. Diesen auszuarbeiten ist nun wie die anderen

aufgeführten Arbeiten im Aufgabenprofil der Stellenausschreibung aufgelistet.

„Eine halbe Stelle reicht und da nicht“, erklärte Andy Bruhn (WND) zur Vielfältigkeit der Stelle. Letztlich stimmte er aber ebenso wie Heckenrath dafür, die Ausschreibung in der Form auf den Weg zu bringen. Diese nahm allerdings Kolb und Köster wenigstens das Versprechen ab, in ihren Fraktionen für eine Ausweitung der Stelle zu kämpfen, sollte die ausgewählte Person ihre Arbeit gut machen und die Zeit nicht ausreichen.

Fortschreibung des Konzeptes

Heide (bg) Die Mitglieder des Kreistages treffen sich am heutigen Donnerstag in Pahlten. Sie haben sich für ihre Sitzung eine umfangreiche Tagesordnung festgeschrieben. Unter anderem sprechen sie über die Fortschreibung des Regionalen Entwicklungskonzeptes für die Region Westküste das als Grundlage für die kreisübergreifende Zusammenarbeit der Regionalen Kooperation Westküste dient. Die Versammlung im Pahlazzo beginnt um 17 Uhr.

Spitzen-Azubis aus Dithmarschen

Heide (ih) Die für die Kreise Dithmarschen, Nordfriesland und Schleswig-Flensburg sowie für die Stadt Flensburg zuständige Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Flensburg hat jetzt ihre Spitzen-Azubibilden gelehrt. 19 Frauen und Männer aus Dithmarschen schafften es auf die Liste der besonders erfolgreichen Lehrlinge und stellten sogar sechs Landesbeste. Zu ihnen gehören die Mediengestalterin für Digital und Print Sina Lorenzen (Boyens Medienholding), der Chemikant Kevin Ehlers (Raffinerie Heide), der Hochbaufacharbeiter Sebastian Friedrichs (Strabag AG), der Maschinen- und Anlagenführer Christopher Klein (Kiel Montagebau), der Elektroniker für Automatisierungstechnik Jesko Schnepel (Raffinerie Heide) und der Physikalaborant Jon Niklas Wulff (Vishay BCcomponents).

Von den insgesamt 2273 Lehrlingen, die in diesem Jahr im Zuständigkeitsbezirk der IHK Flensburg in 52 kaufmännischen und gewerblich-technischen Berufen ihre Abschlussprüfungen machten, kamen 65 auf die Bestenliste – darunter auch zwei Bachelor-Absolventen eines dualen Studiengangs. Voraussetzung dafür war, die Prüfung mit mindestens 87 von 100 möglichen Punkten abzuschließen. Ihre Leistungen würdigte die IHK Flensburg jetzt im Rahmen einer Feierstunde im Autokino Flensburg.

Das Ende ist der Anfang

Rückbau von Windmühlen beschäftigt Kreispolitik

Heide (dmc) Auch in der Windenergie gibt es den Generationenwechsel. Beim Repowering werden alte Anlagen ab-, dafür neue leistungsstärkere aufgebaut, oft an anderen Stellen. Doch nicht immer verschwinden die alten Windräder komplett. Konkret liegt das Problem im Boden: Fundament und in manchen Fällen Pfahlgründungen.

Die Verpflichtung zum Rückbau sei in der Vergangenheit nicht verbindlich geregelt worden, so der Kreis Dithmarschen. Das habe sich erst im April dieses Jahres geändert, als das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung (Melund) einen entsprechenden Erlass erteilte. „Der Erlass ist ein Ergebnis unserer Initiative“, so Christian Rügen, Leitender Kreisverwaltungsleiter, während einer gemeinsamen Sitzung des Wirtschafts- sowie des Agrar- und Umweltausschusses des Kreises. „Es hat lange gedauert.“ Und: Es sei noch nicht alles geklärt.

Fragen zu Zuständigkeiten, dem Umfang und der Durchset-

zung der Rückbauverpflichtung seien noch immer offen. Bereits im Mai habe der Kreis diese offenen Punkte dem Melund übermittelt. Eine Antwort habe man noch nicht bekommen.

Für die nahe Zukunft wird in ganz Deutschland eine wachsende Zahl von Stilllegungen erwartet. Denn zum 1. Januar 2021 fallen zahlreiche Windmühlen aus der Förderung gemäß des Erneuerbaren Energien Gesetzes.

Man müsse unterscheiden zwischen den Anlagen, die vor dem 20. Juli 2004 genehmigt wurden und denen, die erst danach die Genehmigung erhielten, so Uwe Maaßen vom Fachdienst Bau, Naturschutz und Regionalentwicklung des Kreises. Vor 2004 habe das Thema Rückbau nicht im Fokus gestanden. Deshalb sei die Verpflichtung damals häufig nicht im Genehmigungsverfahren geregelt worden. „Das erschwert die Rechtsposition“, so Maaßen zu einer Forderung des Komplettrückbaus. Betroffen davon seien „ein paar hundert, 200 bis 300 Windkraftanlagen in Dithmarschen“.

Damals wurde das Baugesetz geändert. Um eine Betriebsgenehmigung zu erlangen, müssen die Betreiber sich seitdem dazu verpflichten, die Anlage vollständig zurück zu bauen und die Bodenversiegelung zu beseitigen, sollte das Windrad dauerhaft stillgelegt werden.

Wer seit Juni 2020 eine Windkraftanlage errichten will, wird zudem – aufgrund des jahrelang erwarteten Erlasses des Melund – schon bei der Genehmigung darüber informiert, dass er den geplanten Rückbau beim Kreis anzeigen muss. So könne eine Kontrolle bei offener Baugrube erfolgen. Und genau bei dieser Kontrolle müsse man besser werden, so Maaßen. Denn in der Vergangenheit habe es sie teilweise erst längere Zeit später gegeben. Er könne nicht ausschließen, dass früher Fundamente auch im Boden verblieben seien, so der Kreismitarbeiter.

Mit der Thematik befasst sich am heutigen Donnerstag auch der Kreistag. Dort geht es um einen Antrag der WND-Fraktion, die einen vollständigen Rückbau aller Windräder

erreichen will. Im Wirtschafts- sowie im Agrar- und Umweltausschuss scheiterte der Antrag. Stattdessen entschieden sich die Kreispolitiker dort, das

Ministerium sowie das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume aufzufordern, bei der Genehmigung von Repowering-Anlagen

verbindlich zu regeln, dass auch die Fundamente der Altanlagen, die vor Juli 2004 genehmigt wurden, vollständig zu entfernen sind.



Nicht nur der Aufbau von Windrädern erfordert viel Arbeit, auch der Rückbau. Ein Thema dabei ist die Entfernung der Fundamente.

Foto: Büttner